

DAS THEMA

Aus der Rede der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Martina Renner, zur Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes, die von der CDU-SPD-Koalition vorgelegt und auch mit ihren Stimmen am 18. Juli im Thüringer Landtag beschlossen wurde.

Die Fraktion die LINKE hat zum Geheimdienst eine klare Position: Stilllegen, Abschalten, Auflösen. Die Vorgänge der letzten Wochen, so die Aktenvernichtung in Köln und Dresden, sprechen eine eindeutige Sprache.

Wenn selbst eine Order des Generalbundesanwaltes Missachtung findet, wie soll dann Kontrolle funktionieren? Wenn Vorschriften, Verordnungen, Leitlinien und Gesetze vom Landesamt missachtet werden, so wie wir es jetzt im U-Ausschuss erfahren haben, wie soll dann Kontrolle funktionieren?

Ohne wirksame Aufsicht durch Ministerium und Parlament

Die Täuscher, Trickser und Tarner werden alles unternehmen, um ihr Handeln zu verschleiern. Das ist doch der Kern eines Geheimdienstes, man teilt keine Informationen, sondern sammelt diese exklusiv für sich, möglichst unkontrolliert. Nicht nur bei der V-Mann-Führung wurde jedes Stoppschild überfahren, auch die Mittelverwendung erfolgte willkürlich und ohne wirksame Aufsicht durch Ministerium und Parlament. Alles war offenbar möglich. Das hatte mit Schutz der Verfassung nichts mehr zu tun, das war genau das Gegenteil, hier wurden Demokratie und Grundrechte gefährdet.

Was nutzen denn die von Ihnen vorgeschlagenen Erweiterungen der Informationsrechte bzw. -pflichten, wenn diese in der Praxis nicht wirklich durchsetzbar sind und Verstöße gegen diese

„Die Täuscher, Trickser und Tarner“

Verfassungsschutz-Debatte: LINKE will Memorandum nachrichtendienstlicher Mittel

Rechte bzw. Pflichten auch nicht sanktioniert werden? Etwas, was gefährlich, unkontrollierbar und rechtswidrig agiert, muss nicht besser kontrolliert werden, sondern es braucht eine demokratische, überwachbare und nachvollziehbare Alternative.

Fenster öffnen und den Mief rauslassen

Sie wollen im verdunkelten Raum eine Kerze anzünden, wir wollen die Vorhänge aufziehen, die Fenster öffnen und den Mief rauslassen.

Zugegeben, auch das Deutsche Institut für Menschenrechte weist in seiner Stellungnahme in der schriftlichen Anhörung darauf hin, dass die beiden Gesetzentwürfe (der CDU-SPD-Koalition und der Grünen, d.R.) eine Verbesserung der bisherigen Situation darstellen. Aber die „Systemfehler“ werden eben nicht behoben. Wenigstens hät-

ten Sie sich zu einem Memorandum nachrichtendienstlicher Mittel durchringen müssen. Ein Memorandum beim Einsatz von V-Leuten gehört dazu, wenn man tatsächlich den Verfassungsschutz vorbehaltlos auf den Prüfstand stellen will.

Anzuhörende stellen die Frage, warum in der Anhörung der Gesetzentwurf der LINKE-Fraktion „Thüringer Gesetz zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz und Neuordnung der Aufgaben zum Schutz verfassungsrechtlicher Grundwerte“ keine Rolle spielt. Sie verweisen auf die geltende Chancengleichheit der Opposition. Das Modell einer zivilgesellschaftlichen Dokumentations- und Informationsseinrichtung ohne geheimdienstliche Befugnisse wäre auch nach Aussagen der politischen Gegenseite vereinbar mit den zurzeit bestehenden rechtlichen Rahmenvorgaben aus Bund und Land. Ob und wie eine offen und trans-

parent arbeitende Informations- und Dokumentationsstelle mit zivilgesellschaftlichem Ansatz Wirkung erzielt, kann nur der Versuch lehren. Das Landesamt hat als Frühwarnsystem auf jeden Fall versagt.

Zivilgesellschaft ist oft besser informiert

In Thüringen ist es in der Vergangenheit in nicht wenigen Fällen vorgekommen, dass zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen viel genauer zutreffende Informationen über rechte Aktivitäten und Strukturen hatten und geben konnten als der Verfassungsschutz. Ein Blick in den Abschnitt des VS-Berichtes 2010 zur braunen Immobilie in Guthmannshausen zeigt, dass das Landesamt auch ungeniert Informationen klagt, wo eigene Erkenntnisse fehlen.

Ehemalige Verfassungsschützer vor dem NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag. Auch Peter-Jörg Nocken, Anfang der 90er Jahren vom VS-Landesamt Hessen nach Thüringen gewechselt, will sich nicht mehr erinnern, wer den ab 1994 zuständigen Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, eingestellt hatte.

„Die Hartnäckigkeit, mit der die Abgeordneten Katharina König und Martina Renner (Linke) Zeugen ausquetschen, verlangt Respekt“ (spiegel-online).



Staat im Staate

Aus der Stellungnahme des DGB Thüringen zum Verfassungsschutz:

„Der Thüringer Verfassungsschutz hat handwerklich und strukturell versagt, er ist umfassend gescheitert. Öffentlich ist er völlig diskreditiert. In Gesellschaft und weiten Teilen der Politik gibt es keine Vertrauensbasis mehr. Der VS hat als Staat im Staate agiert. Viele fragen sich, wie konnte einer solchen Behörde der Schutz unserer demokratischen Grundrechte übertragen werden? Aber es ergeben sich weitere Fragen: Wie kann eine wie auch immer gestärkte parlamentarische Kontrollkommission, die selbst zur Geheimhaltung gegenüber der Öffentlichkeit aber auch dem Parlament verpflichtet ist, eine Kontrollfunktion wahrnehmen? Sind die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats noch mit Geheimdienstprinzipien vereinbar? Ist es nicht die aktive Zivilgesellschaft, die gestärkt ihre eigene Verfassung schützen muss?“ ■

„Landesamt für Veräppelung“

„Das ‚Thüringer Landesamt für Veräppelung‘ gehört aufgelöst. Ein mit Millionenbeträgen finanziertes Amt, das der Öffentlichkeit teils falsche Zahlen präsentiert und die Gefahr von rechts verharmlost, braucht kein Mensch.“

Der am 17. Juli vorgestellte Bericht „ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt wurde“, so MdL Martina Renner, nach der Vorstellung des „Verfassungsschutzberichts 2011“ durch den Innenminister Geibert weiter. Es sei gut, dass der Innenminister erkannt habe, dass eine Steigerung der Analysekompetenz in seinem Haus dringend notwendig ist. „Vielleicht sollte er seinen Schlapphüten zuerst einmal das Zählen beibringen“, meint die Abgeordnete. So behauptete das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz in seinem Bericht, 2011 hätten in Thüringen nur fünf Rechtsrock-Konzerte stattgefunden, es gebe nur 12 rechtsextreme

Versandhändler und 17 Bands. Experten weisen in diesen Bereichen jedoch deutlich höhere Zahlen nach. Erneut erschreckt die hohe Zahl rechter Straftaten und Gewalttaten. Rund 80 Prozent der politisch motivierten Straftaten gehen von rechts aus.

„Die von der Landesregierung und speziell der CDU gerne an die Wand gemalte Gefahr von links entpuppt sich erneut als Hirngespinnst einiger Ideologen. Mich ärgert, dass die zahlreichen Anschläge auf Partei- und Wahlkreisbüros mit keinem Wort erwähnt werden!“, sagte Martina Renner. Die von Geibert vorgeschlagenen Maßnahmen, um auf die Geheimdienst-Skandale zu reagieren, bewertete sie als untauglich. Eine Zentralisierung der Arbeit, Qualifizierung der dubiosen V-Leute und eine engere Kooperation der Behörden seien der falsche Ansatz. „Nur die Auflösung der unkontrollierbaren Behörde wäre der richtige Schritt.“ ■

Gefährlich

Nach der Vernichtung von Verfassungsschutz-Akten hält der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl ein NPD-Verbot für noch unwahrscheinlicher als vordem. Dazu erklärte Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Untersuchungsausschuss im Bundestag, am 23. Juli: „Die CDU/CSU hat das lauthals verkündete NPD-Verbot nie ernsthaft gewollt. Anderenfalls hätte die unsägliche V-Leute-Praxis spätestens 2003 beendet werden müssen. Praktisch rangierte beim Verfassungsschutz das Wohl von V-Leuten offenbar höher, als die Aufklärung einer Mordserie. Das macht den Verfassungsschutz nicht angreifbar, wie Uhl meint, sondern gefährlich und überflüssig.“

„Der Verfassungsschutz betreibt Vertuschung, und der Innenminister versucht, die Vertuschung zu vertuschen“, hatte am 20. Juli MdB Ulla Jelpke kritisiert. ■